

Was geschieht – Verstaatlichung oder Staatsaufkauf?

von Frank Kuschel

Was vor Monatsfrist noch als linkes Teufelswerk bezeichnet wurde, ist jetzt politische Realität. Der Staat übernimmt Anteile an Privatbanken, landläufig als „Verstaatlichung“ bezeichnet. Was unter der „Verstaatlichung“ zu verstehen ist, wird sehr differenziert gesehen und interpretiert. DIE LINKE versteht die Verstaatlichung wohl in dem Sinne, dass der Staat nicht nur Eigentümer bzw. Anteilseigner ist, sondern auch direkt die Geschäftspolitik unter aktiver Einbeziehung der Beschäftigten bestimmt. Auch Fragen der Transparenz und demokratischen Steuerung und Kontrolle, kurz - mehr Wirtschaftsdemokratie, sind für DIE LINKE in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Es ist deshalb sachgerechter, die Vorstellungen der LINKEN zutreffender als „Vergesellschaftung“ zu bezeichnen. Die anderen Parteien wollen bei der Verstaatlichung die Rolle des Staates so gering wie möglich halten. Wenn jedoch der Staat nur das Eigentum an bisher privaten Unternehmen übernimmt, ohne aktiv die Geschäftspolitik zu beeinflussen oder den Beschäftigten mehr Mitbestimmung zu gewähren, stellt sich die Frage, ob hier von einer „Verstaatlichung“ überhaupt gesprochen werden darf.

Öffentliche Unternehmen oder öffentliche Anteile an Unternehmen sind keinesfalls eine Garantie für mehr Wirtschaftsdemokratie oder eine andere Art von Wirtschaften, die nicht von Profitmaximierung dominiert ist. Es gibt auch keinen Automatismus, dass öffentliche Unternehmen anders agieren als die klassische Privatwirtschaft. Manche Erfahrungen mit Stadtwerken oder Landesbanken belegen dies eindrucksvoll, leider. Jedoch bieten öffentliche Unternehmen die Voraussetzungen und Chancen für eine Wirtschaftsform nach linken Vorstellungen. Deshalb ist es richtig, dass DIE LINKE den Ausbau des öffentlichen Wirtschaftssektors und die Verstaatlichung von Schlüsselbereichen der Wirtschaften und der Daseinsvorsorge fordert. Doch dabei darf es nicht bleiben. Gerade im öffentlichen Bereich muss sich die Wirtschaftsdemokratie breit entfalten können. Hier gibt es große Herausforderungen, gerade für DIE LINKE. Eine dieser Herausforderung ist, wie man dem Phänomen der Anonymisierung des Kapital (Eigentums) entgegenwirken kann. Dabei muss DIE LINKE aber auch Vorbehalte überwinden. Einflussreiche Kräfte lassen nichts unversucht, der LINKEN zu unterstellen, sie will zur Staatswirtschaft der DDR zurück. Und da gibt es Ängste und Befürchtungen, auch hinsichtlich einer ausufernden Enteignung.

Über einen gestärkten öffentlichen Sektor, der von einer ausgeprägten Wirtschaftsdemokratie gekennzeichnet ist, könnte zudem die Gesamtwirtschaft beeinflusst werden. Ich halte es für überzeugender, den öffentlichen Wirtschaftssektor schrittweise auszubauen und zu stärken und nicht einseitig auf Verstaatlichung zu setzen.

Erfurt, 22. Mai 2009